

Germersheimer Rundschau

KURZ NOTIERT

Kreis GER: Freiwillige Helfer „schaffen was“

Unter dem Motto „Wir-schaffen-was“ findet am 15. September der sechste Freiwilligentag der Metropolregion Rhein-Neckar statt. An diesem Tag packen Freiwillige tatkräftig mit an, um zuvor gemeldete Projekte innerhalb eines Tages umzusetzen. „Aus dem Landkreis Germersheim sind bislang drei Projekte gemeldet. Deren Organisatoren freuen sich über Unterstützung durch freiwillige Helfer“, teilt Landrat Fritz Brechtel (CDU) mit. Die Grundschule Dorschberg in Wörth bepflanzt die Hochbeete im Schulgarten und einige Blumenkübel im Schulhof. Die St. Nepomuk-Grundschule Schaidt sucht freiwillige Helfer, um dem Schulhof wieder Farbe zu geben. Dazu soll der Lattenzaun und die Geländer mit einem neuen Farbanstrich versehen werden. Die Naturfreunde und die SPD Maximiliansau werden am Freiwilligentag am Bürgerhaus Maximiliansau, und am Pförtzer Wind/Skulpturenpark Blumenziebeln stecken, um die Wege und Plätze im Frühjahr in ein Blütenmeer zu verwandeln.

INFO UND ANMELDUNG

www.wir-schaffen-was.de | rhp

SO ERREICHEN SIE UNS

PFÄLZER TAGEBLATT Verlag und Geschäftsstelle

Ostbahnstr. 12
76829 Landau
Telefon: 06341 281-0
Fax: 06341 281-100
E-Mail: rhp@rheinpfalz.de

Abonnement-Service

Telefon: 06341 144374
Fax: 06341 144771
E-Mail: aboservice@rheinpfalz.de

Privatanzeigen

Telefon: 06341 2830190
Fax: 06341 2830190
E-Mail: privatanzeigen@rheinpfalz.de

Geschäftsanzeigen

Telefon: 06341 2830257
Fax: 06341 2830258
E-Mail: rhp@rheinpfalz.de

Lokalredaktion Germersheim

Fischerstr. 18
76726 Germersheim
Telefon: 07274 9466-11
Fax: 07274 9466-26
E-Mail: redger@rheinpfalz.de

Lokalredaktion Wörth/Karlsruhe

Im Bergfeld 41
76744 Wörth
Telefon: 07271 9239-14
Fax: 07271 6921
E-Mail: redwor@rheinpfalz.de

Mautsäule umfahren bringt nichts

WEINGARTEN: Seit die Toll-Collect-Säule auf der B 272 steht, lässt sich Seltsames beobachten. Auf der Bundesstraße wird dem Gegenverkehr Lichthupe gegeben oder „in die Eisen getreten“, weil Autofahrer in der blauen Säule einen vermeintlichen Blitzer erkennen. In Weingarten selbst will ein Einwohner vermehrt Lastwagen gesehen haben, die die Mautsäule umfahren.

VON LUTZ SCHWAB

Er sei einem Lastwagen schon hinterhergefahren, den er aus Schwegenheim habe kommen sehen und dann auf seinem Weg quer durch Weingarten verfolgt, bis dieser schließlich auf die Bundesstraße kam, bestätigt Peter Sattelmeyer, CDU-Gemeinderat in Weingarten. „Der hat nicht einmal irgendwo Anhalten gemacht abzubiegen, der war nur auf der Durchfahrt“, sagt er empört. Da liege die Vermutung schon nahe, dass Lastwagen die Toll-Collect-Säule einfach nur umfahren wollen.

Wenn dem so sei, müsse man „nachsteuern“, sagt Weingartens Ortsbürgermeister Thomas Krauß (FWG). Mit Verbotsschildern für Lastwagen beispielsweise – und natürlich Kontrollen. Aber, auch das räumt Krauß ein, wie das System funktioniert und ob es dem einzelnen Lastwagenfahrer etwas bringe, durch die Orte und an der Toll-Collect-Säule vorbeizufahren, könne er nicht sagen. Dazu müsse man wissen, wie das Toll-Collect-System funktioniert.

Das erklärt Toll-Collect-Pressesprecherin Claudia Steen. Die kurze Antwort: Auf Schleichwegen um die Toll-Collect-Säulen herumzufahren bringt Lastwagenfahrern und Speditionen nichts – die blau-grünen Säulen sind nämlich gar keine Kassierstellen, sondern reine Kontroll-Einrichtungen.

Auch Hanhofen hat Angst vor mehr Lkw-Verkehr

Das klärt auch einen Streitfall, den es derzeit in Hanhofen (Rhein-Pfalz-Kreis) an der B 39 gibt. Dort weigert sich die Gemeinde, Toll Collect Zugang zum Stromnetz zu geben, weil man fürchtet, dass Lastwagen die Säule umfahren und durch den Ort



Maut-Kontroll-Säule an der B9 – umfahren zwecklos.

ARCHIVFOTO: KUNZ

tingeln. Die Kontrollsäule an der B 39 steht – hat aber derzeit noch keinen Strom. Die Hanhofener Ortsbürgermeisterin Friederike Ebl (SPD) will gar ein Durchfahrtsverbot für Lastwagen durchsetzen. Dagegen spricht eine Verkehrszählung in Hanhofen: 27 Lastwagen werden dort durchschnittlich pro Tag gezählt – zu wenig für ein Durchfahrtsverbot, habe die Polizei ihr gesagt, so Ebl. Dessen ungeachtet, wolle sie erst den Stromzugang genehmigen, wenn gewährleistet sei, dass Lastwagen über 7,5 Tonnen nicht mehr die Kontrollsäule via Hanhofen umfahren könnten.

Wie die Maut funktioniert und wie-

so Schleichverkehr nichts bringt, erklärt Pressesprecherin Steen im Detail: „Die Mauterhebung erfolgt in erster Linie über die sogenannte On-Board-Unit im Lastwagen. Die startet,

Maut wird nach Gesamtstrecke berechnet, nicht nach passiertem Mautstellen.

wenn die Fahrt beginnt.“ Zuvor muss der Fahrer relevante Daten eingeben haben, Start und Ziel und vor allem – und das wirkt sich auf die Abrechnung aus – die Zahl der Achsen des Lastwagens oder Sattelzugs. „Die

On-Board-Unit gibt die Daten an ein Rechenzentrum weiter. Dort wird gemacht“, wo muss er langfahren und wie viele Kilometer der Strecke führen über mautpflichtige Straßen“, sagt Steen. Im Klartext: Der Fahrer kann sich mühselig durch Ortschaften und 30er-Zonen hangeln – abgerechnet wird die Fahrtstrecke, die er idealerweise fahren sollte.

Ebenso verhält es sich für Fahrzeuge, die keine On-Board-Unit haben. Diese müssen ihre Fahrt im Internet registrieren, entweder per Website, an einem Terminal (wie denen an vielen Raststätten) oder mit einer App. „Wir haben nicht mehr 3600 Termi-

Stichwort: Toll Collect

Seit 1. Januar 2005 betreibt Toll Collect das weltweit erste satellitengestützte Mautsystem für Lastkraftwagen. Sitz der Toll Collect GmbH ist in Berlin. Außenstellen gibt es in Hannover-Langenhagen, Nürnberg, Pforzheim und Potsdam. Dort werden nach Firmenangaben vor allem die digitalen Karten „gepflegt“, anhand derer

die mautpflichtigen Strecken abgerechnet werden. 600 Mitarbeiter gibt es. Toll Collect wurde 2002 als Gemeinschaftsunternehmen von Telekom (45 Prozent) Gesellschafteranteil), Daimler (45 Prozent) und der französischen Vinci-Gruppe (10 Prozent) gegründet. Rund 4,5 Milliarden Euro nimmt der Staat über Toll Collect

jährlich ein. Zuletzt geriet Toll Collect allerdings in die Schlagzeilen, weil es nach Recherchen des ARD-Magazins „Panorama“, von „Die Zeit“ und „Zeit Online“ Unregelmäßigkeiten bei der Abrechnung gab. Den Medienberichten zufolge wurde der Staat dabei um über drei Millionen Euro beispielsweise durch überzogene Rechnungen

für Marketingaktionen geprellt.

Anlass zu Spekulationen gibt es von Anfang an: Der laut „Zeit online“ rund 17.000 Seiten starke Vertrag zwischen Unternehmen und Bund ist geheim. Auch Streitigkeiten um die Abrechnung werden von einem geheimen Schiedsgericht unter Ausschluss der Öffentlichkeit verhandelt. |lsb

Wirtschaftsboom braucht Gewerbeflächen

KREIS GERMERSHEIM: Gewerbeflächenprognose für Kreis in Absprache mit Metropolregion Rhein-Neckar

VON THOMAS FEHR

Wirtschaftlich boomt der Landkreis Germersheim, die Statistiken der Agentur für Arbeit weisen nahezu Vollbeschäftigung aus. Aber wie sieht das im Jahr 2030 aus? Der Kreis hat deshalb als Pilotprojekt innerhalb der Metropolregion Rhein-Neckar (MRN) eine Gewerbeflächenbedarfsprognose in Auftrag gegeben. Ihr Ergebnis soll in die Regionalplanung 2030 der Metropolregion eingehen.

„Der Boom im Landkreis wird weitergehen“, ist Landrat Fritz Brechtel (CDU) überzeugt. Zumal auf der badischen Rheinseite nur noch wenige Flächen zur Verfügung stehen. Dazu komme das rasante Wachstum der Technologiefirmen wie beispielsweise ITK, Eizo oder DBK. „Es ist eine herausfordernde Aufgabe, diesen Flächenbedarf mit Natur- und Landschaftsschutz zusammenzubringen“, nennt Brechtel den Kern der Untersuchung. Schließlich gebe es im Kreis keine Fläche mehr, die nicht irgendwelchen Restriktionen unterliege. Sei es Naturschutz, Wasserschutzgebiet, Vorranggebiet für Kiesabbau, Landwirtschaft oder Ähnliches.

Die Nachfrage nach Gewerbeflächen im Kreis ist Brechtel zufolge groß. Aber neue Gewerbeflächen auszuweisen werde immer schwieriger. Es dauere bis zu 24 Monate, bis ein sogenanntes Zielabweichungsverfahren beendet ist. Klartext: Will eine Gemeinde mehr Gewerbegebiet ausweisen, als ihr nach der Regionalplanung zugeordnet ist, muss sie in sehr aufwendigen und langwierigen Pla-



Im Germersheimer Gewerbegebiet gibt es fast keinen Platz mehr, neue Flächen auszuweisen ist auf der eigenen Markierung fast nicht mehr möglich.

FOTO: IVERSSEN

nungsverfahren nachweisen, dass diese „Zielabweichung“ gerechtfertigt ist.

Das sei ein enormer Kraftakt für die einzelnen Gemeinden, sagt Brechtel. Deshalb habe sich die Kreisverwaltung entschlossen, diese Gewerbeflächenbedarfsprognose in Auftrag zu geben. Die Studie, die vom Büro für Immobilienwirtschaft und Regionalökonomie Georg Consulting in Hamburg erstellt wird, kostet rund 45.000 Euro. Sie soll bis Jahresende fertig sein und dann mit den Gemeindevertretern beraten werden.

Der aktuelle Zwischenstand dokumentiert die Ist-Situation. Demnach gibt es im Kreis Germersheim 41 Industrie- und Gewerbegebiete, die

größer sind als 5 Hektar. Dazu kommen 46 kleinere Standorte, so dass sich die Gesamtfläche für gewerbliche Nutzung auf knapp 1180 Hektar summiert. Die größten Flächen gibt

Gemeinden sollen sich in Zukunft Gewerbegebiete (und die Einnahmen) teilen.

es in Wörth (421 Hektar) und Germersheim (339 Hektar) – wobei in Germersheim nur noch wenige Hundert Quadratmeter frei sind.

In die Aufstellung ging auch die Gewerbeflächen-Nachfrage der letzten Jahre ein, dokumentiert mit Kaufverträgen vom Vermessungs- und Kata-

steramt Rheinpfalz. Ebenfalls berücksichtigt werden in der Prognose die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort (2001: 35.306; 2017: 44324) und die Arbeitslosenquote (2000: 6,8 Prozent; 2017: 4,1 Prozent).

Brechtel warnt die Gemeinden jedoch davor, die Prognose als „Wunschkonzert“ für die kommende Regionalplanung zu sehen. Er geht davon aus, dass es in Zukunft zu interkommunalen Lösungen kommen muss, also Gemeinden gemeinsam ein Gewerbegebiet erschließen und die Aufteilung der Gewerbesteuer regeln. In Wörth und Hagenbach gibt es laut Brechtel bereits Pläne für so ein Gewerbegebiet.

Türöffner zu fremden Kulturen

KREIS GER: Schulen setzen interkulturelle Assistenz ein

Interkulturelle Assistenz (IKA) ist in Schulen mit vielen Schülern mit Migrationshintergrund unabdingbar. Dieser Überzeugung ist Claudia Krost, Leiterin der Richard-von-Weizsäcker-Realschule plus in Germersheim. „Die IKA ist die Brücke zwischen Elternhaus und Schule“, sagte Krost. Diesen Zugang bekommen ein Lehrer aus einem anderen Kulturkreis, wenn überhaupt, nur sehr schwer.

In der Sitzung des Kreis Ausschusses folgten die Mitglieder bis auf die AfD (Enthaltung) ausnahmslos der Argumentation von Krost und Jugendamtsleiterin Denise Hartmann-Mohr. Die hatte bestätigt, dass die IKAs große Hilfe beim unkomplizierten Zugang zu Migrationskindern seien. Krost hatte Beispiele parat: Sowohl im Sport- und Schwimmunterricht als auch bei Klassenfahrten sei die Teilnahme von muslimischen Kindern nur durch die Überzeugungskraft der IKA möglich geworden.

Dabei, so Krost, komme es nicht darauf an, dass die IKA alles können muss. Ihre Mitarbeiterin an der Schule sei im islamischen Kulturkreis heimisch und habe gleichzeitig ein großes Netzwerk von Dolmetschern. So gelinge ihr viel Überzeugungsarbeit. „Langfristig ist das ein sehr wertvoller Einsatz“, verwies Krost auch auf Erfolge bei der Ausbildungsvermittlung nach der Schule. Vielen Eltern sei das duale Berufsausbildungssystem in Deutschland überhaupt nicht be-

kant.

Kreisbeigeordneter Christoph Buttweiler (CDU) wies darauf hin, dass der Bedarf hoch sei, „nicht nur bei Flüchtlingen“. Deshalb seien die Personalkosten für Interkulturelle Assistenten gerechtfertigt. Im Kreis sind an Grund- und weiterführenden Schulen Interkulturelle Assistentenkräfte auf 12,5 Stellen tätig. Die Kosten pro Jahr sind mit 475.000 Euro veranschlagt. Eine IKA kostet rund 33.000 Euro nach Tarif und rund 5000 Euro Verwaltungskosten. Der Bedarf der Schulen an IKAs soll jährlich abgefragt werden.

Mittler zwischen den Kulturen sind in allen Altersgruppen gefragt.

Uwe Schwind (SPD) wies darauf hin, dass bei aller Bedeutung der IKAs für die Schulen, die interkulturelle Unterstützung der Kitas nicht vergessen werden dürfe. Landrat Fritz Brechtel (CDU) stimmte zu, sagte, dieses Thema werde in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses besprochen. Hartmann-Mohr ergänzte, dass die Kitas ohnehin lieber Interkulturelle Fachkräfte (Erzieherinnen) einsetzen als IKAs.

Reiner Hör (Aktive Bürger) stimmte dem Einsatz Interkultureller Assistentenkräfte ohne Einschränkung zu: „Wenn man Integration will, muss man das machen. Integration ist unsere größte Zukunftsaufgabe.“ |tom